

Pressemitteilung

Berlin, den 07. November 2011

Koalitionsbeschlüsse zur Pflegefinanzierung nicht zukunftstauglich

Familienbund fordert familiengerechte und solidarische Pflegeversicherung

Der Familienbund der Katholiken hat die Koalitionsbeschlüsse zur Reform der Pflegefinanzierung als nicht zukunftstauglich kritisiert. „Die angedachte Beitragsanhebung um 0,1 Prozentpunkte reicht bei weitem nicht aus, um das Pflegesystem unter Einbeziehung der Menschen mit dementiellen Erkrankungen zukunftsfest zu machen. Für eine langfristig nachhaltige und gerechte Finanzierung müssen die solidarischen Elemente in der Pflegeversicherung gestärkt und ausgebaut werden. Notwendig ist dafür die Einbeziehung aller Einkünfte in die Beitragspflicht sowie die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze auf die Höhe wie in der gesetzlichen Rentenversicherung“, sagte die Präsidentin des Familienbundes der Katholiken, Elisabeth Bußmann.

Bußmann forderte des Weiteren, den generativen Beitrag von Familien endlich angemessen zu berücksichtigen. „Auch für die Pflegeversicherung gilt, dass die Erziehung von Kindern als künftigen Beitragszahlern für den Bestand des Systems unerlässlich ist. Beiträge von Eltern müssen gestaffelt nach der Anzahl ihrer Kinder deutlich abgesenkt werden. Die Umsetzung entsprechender Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts ist längst überfällig“, so Bußmann.

Der Familienbund lehnt die Vorschläge, mithilfe einer privaten kapitalgedeckten Versicherung für den Pflegefall vorzusorgen, ab. „Der geplante `Pflege-Riester´ ist sozial blind und belastet untere und mittlere Einkommen überproportional“, sagte Bußmann abschließend.

*Der Familienbund der Katholiken ist der mitgliederstärkste Familienverband Deutschlands.
Ihm gehören 25 Diözesan-, 10 Landes- sowie 15 Mitgliedsverbände an.*